

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 75 (1995)
Heft: 2

Artikel: Kuba : ein sozialistisches Auslaufmodell?
Autor: Karlen, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165413>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stefan Karlen

KUBA: EIN SOZIALISTISCHES AUSLAUFMODELL?

Die neue weltpolitische Konstellation seit 1989 hat die kubanische Wirtschaft in arge Bedrängnis gebracht, und selbst das im lateinamerikanischen Kontext einst vorbildliche Sozial- und Bildungswesen hat empfindliche Rückschläge hinnehmen müssen. Statt die unvermeidlichen Reformschritte zügig einzuleiten, liefert das Castro-Regime ideologische Rückzugsgefechte.

Ausgelöst durch die Veränderungen in Osteuropa und der Sowjetunion sah sich die kubanische Führung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre völlig neuartigen Herausforderungen gegenüber. Das Verhalten der Massen war zum ersten Mal nicht mehr durch die politisch-ideologischen Vorgaben der Revolution geprägt; es stellte damit eine ernste Gefahr für die Kontroll- und Integrationsfähigkeit der politischen Führung dar. Die Perestroika Gorbatschows löste einen ideologischen Bruch zwischen Kuba und der Sowjetunion aus, weil Castro nicht bereit war, den ideologischen Primat von Staat und Partei aufzugeben. Bis 1988 vermied es Castro, zum neuen sowjetischen Kurs Stellung zu nehmen. Erst am 26. Juli 1988 äusserte er offen sein Missfallen, und das in einem Ton, der bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion immer kritischer wurde.

Die tiefgreifenden Umwälzungen in den ehemaligen Comecon-Staaten, mit denen Kuba bis 1989 85 Prozent seines Aussenhandels abwickelte und in denen es politische Verbündete gefunden hatte, drohten die Insel aber nicht nur aussenpolitisch immer mehr zu isolieren, sondern stürzten auch die kubanische Wirtschaft in eine tiefe Krise. Im Zeitraum von 1989 bis 1993 fiel die Produktion in der Folge um rund 60 Prozent, das Bruttosozialprodukt um etwa die Hälfte. Die vom Staat erbrachten Waren- und Dienstleistungen gingen um nicht weniger als 35 Prozent zurück, während der Schwarzmarkt im selben Umfang anwuchs.

Durch den fast schlagartigen Zusammenbruch des Warenverkehrs mit den sozialistischen Handelspartnern begann sich die Versorgungslage auf Kuba dramatisch zu verschlechtern. Schwerwiegende Engpässe machen sich seither in allen Bereichen bemerk-

bar, nicht nur in der Grundversorgung der Bevölkerung, sondern selbst im Tourismus.

Wirtschaftlicher Notstand

Die gesamte Entwicklung Kubas seit 1960 hatte auf einer äusserst lebendigen Dynamik zwischen inneren und äusseren Faktoren beruht. Dies hatte zum einen ständige Kursänderungen ermöglicht, zum andern aber auch die Koexistenz zwischen einem ausgeprägten Pragmatismus und einer ebenso starken Ideologie. Das Ende der Bipolarität in der übrigen Welt bedeutete nun allerdings nicht automatisch auch das Ende dieser Dialektik der kubanischen Revolution. Castro war realistisch genug, die Notwendigkeit einschneidender Reformen zu anerkennen: «Heute steht Kuba an einem Scheideweg... Die dramatische Situation in dieser unipolaren Welt zwingt uns, Dinge zu tun, die wir niemals tun würden, wenn wir das notwendige Kapital und die Technologie hätten. ...Wir haben einfach keine Alternative, als unsere Position an die entstandene Situation anzupassen» (Rede zum 40. Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne, 26. Juli 1993).

Bereits Mitte 1990 hatte die Führung ein Notstandsprogramm in Kraft gesetzt, das der Bevölkerung Konsumeinschränkungen schmackhaft machen und sie auf harte Jahre der Entbehrung vorbereiten sollte, in denen die Ressourcen nur gerade zur Aufrechterhaltung der wichtigsten Funktionen ausreichen würden. Parallel dazu wurde das *programa alimentario* (Lebensmittelprogramm) lanciert, das eine Abwendung von der unrationellen, hochmechanisierten Grossproduktion nach sowjetischem Muster, die nun zum Erliegen gekommen war, hin zu national verfügbaren Ressourcen brachte – u. a. auf dem

Gebiet der Bio- und Gentechnologie –, um die Nahrungsmiteleinfuhren um 1 Milliarde US-Dollar verringern zu können.

Wie der IV. Ibero-amerikanische Gipfel in Cartagena von Mitte Juni einmal mehr unterstrichen hat, ist es Kuba trotz unentwegter diplomatischer Anstrengungen bisher nicht gelungen, einen eigentlichen Durchbruch zu erzielen, der seine Wirtschaftsbeziehungen über die oft eher lauen Solidaritätsbekundungen in der Verurteilung des US-amerikanischen Embargos hinaus auf eine qualitativ neue Grundlage stellen würde.

Andererseits wurden auch die Beziehungen zu China intensiviert: Vizepräsident *Carlos Rafael Rodríguez* besuchte Mitte 1991 Peking, nachdem die beiden Länder im Januar ein fünfjähriges Handelsabkommen abgeschlossen hatten. China lieferte 600 000 Fahrräder der Marke *Forever* als Ersatz für die infolge Treibstoffmangels stillgelegten öffentlichen Verkehrsmittel, und *Jiang Zemin* besuchte als erster chinesischer Präsident im November 1993 Kuba.

Trotz der schweren Krise hat Castro kaum eine Gelegenheit versäumt, um zu unterstreichen, dass Kuba unbeirrt an den Prinzipien der Revolution festhalten werde, wenn er auch einräumte, dass die Wirtschaft möglicherweise liberalisiert werden müsse. Doch der von der Bevölkerung erhoffte Durchbruch blieb auch im Juli 1993 erneut aus. Nebst der Wiederholung bereits bekannter Massnahmen – Ausbau des Tourismus und Förderung von Auslandsinvestitionen in Form von Joint-ventures – nahmen sich die von Castro präsentierten Neuerungen – Legalisierung des auf rund 400 Millionen US-Dollar geschätzten privaten Devisenbesitzes, Erleichterungen für Exilkubaner bei Reisen nach Kuba und als Fernziel die Einführung einer eigenen konvertierbaren Währung – enttäuschend aus. Die Bauernmärkte, die zwischen 1980 und 1987 bestanden hatten, blieben zwar weiterhin verboten, doch wurden die Betreiber solcher Märkte nicht mehr gerichtlich verfolgt. Vizepremier *Carlos Lage* erklärte, die getroffenen Massnahmen seien unumkehrbar; die Planwirtschaft stehe zwar weiterhin im Vordergrund, die Idee des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln sei aber nicht unumstösslich. Fidel Castro unterstrich, dass Kuba nicht daran denke, Unternehmen mit ausländischer Beteiligung zu verstaatlichen, und seine gegenüber diesen Investoren eingegangenen Verpflichtungen einhalten werde. Während die politische Führung über die Freigabe des Devisenbesitzes zusätzliche Einnahmequellen erschliessen wollte, wurde dadurch andererseits auch der Prozess der Dollarisierung der kubanischen Wirtschaft beschleunigt und zugleich die Schattenwirtschaft ausgeweitet, die über weite

Strecken die einzige Versorgungsmöglichkeit für das Gros der Bevölkerung bildete.

Seither wurde die vorsichtige Öffnung der Wirtschaft fortgesetzt. Im September 1993 erfolgte die Zulassung privater Gewerbe, sofern diese keine Mitarbeiter beschäftigen. Geschäftsführer, Hochschulabsolventen sowie Mitarbeiter des Gesundheits- und Erziehungswesens blieben von der Liberalisierung allerdings weiterhin ausgeschlossen.

Die 1994 beschlossenen Reformen reichen von künstlichen Anreizen zum Sparen über Preiserhöhungen für staatliche Güter und Dienstleistungen – insbesondere für Bildung und Kultur –, die Kürzung staatlicher Subventionen bis hin zur schrittweisen Einführung eines Steuersystems und der Schaffung einer neuen, konvertierbaren und am US-Dollar orientierten Währung, um der durch die Dollarisierung der Wirtschaft drohenden Ausbildung einer Zweiklassengesellschaft entgegenzutreten. Es bleibt aber insgesamt weiterhin unklar, wie weit damit eine tatsächliche Liberalisierung der kubanischen Wirtschaft angestrebt wird. Die neuen privatwirtschaftlichen Aktivitäten jedenfalls werden eher behindert als gefördert, und Castro scheint entschlossen, die bislang tolerierten Aktivitäten des informellen Sektors rigoros einzudämmen, anstatt sie durch eine Legalisierung zu Trägern einer liberaleren Ordnung zu machen.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa und in der Sowjetunion brachte Kuba allerdings nicht nur wirtschaftlich in Bedrängnis. Seit 1990 erhielt der Inselstaat nach Angaben von Verteidigungsminister *Raúl Castro* kein Rüstungsmaterial mehr von Moskau, und Ersatzteile müssen, soweit sie überhaupt geliefert werden, im Gegensatz zu früher bezahlt werden. Zeitgleich zur Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen gab Gorbatschow im September 1991 eine drastische Kürzung der Militärhilfe bekannt und kündigte einseitig und gegen den scharfen Protest Castros als erstes baldige Verhandlungen über den Abzug der angeblich mehrere tausend Mann starken sowjetischen Ausbildungsbrigade an. Nachdem im September 1992 die entsprechenden Vereinbarungen getroffen worden waren, verliessen bereits Ende Juni 1993 die letzten 300 russischen Soldaten – während der Kuba-Krise 1962 waren es 40 000, Ende der achtziger Jahre noch 2200 Mann gewesen – die Insel. Aus russischen Armeekreisen verlautete, die Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften werde aufrechterhalten und sogar intensiviert; über den Verbleib russischer Militärberater auf Kuba – insbesondere in Zusammenhang mit der ehemals sowjetischen militärischen Abhöranlage in Lourdes bei La Habana, an deren Fortbestand sich beide Seiten interessiert zeigten – wurde Stillschweigen vereinbart.

Ob es der kubanischen Führung gelingen wird, den Niedergang der Wirtschaft aufzuhalten und die Versorgungslage wieder zu verbessern, dürfte in hohem Masse davon abhängen, ob sie sich aus der internationalen Isolation wird befreien können, in die sie durch den Wegfall fast aller sozialistischen Partnerstaaten geraten ist.

Politische Reaktion auf die Krise

Auch der im Oktober 1991 unter misslichen äusseren Umständen abgehaltene IV. Parteikongress des PCC in Santiago de Cuba bekräftigte den Primat der Partei und brachte nicht die von einigen aufgrund des im März 1990 als Diskussionsgrundlage für den Parteikongress vorgestellten Textes insgeheim erhoffte Wende. Zwar hatte die politische Führung auf das allmähliche Abbröckeln des Konsenses in der Bevölkerung ein weiteres Mal *Che Guevaras* Ideen aufgegriffen und eine neue Mobilisierungskampagne eingeleitet; die Delegierten beschlossen nun jedoch eine Verfassungsänderung, welche das Gedankengut des Unabhängigkeitshelden *José Martí*, und damit die kubanische Nation, den sozialen Lehren von *Marx, Engels* und *Lenin* voranstellt: «Der Augenblick ist gekommen, da wir uns von Formalismen und Liturgien lösen und die *cubanidad* mit dem kulturellen Fortschritt des Landes gleichsetzen müssen (GRANMA 16. März 1990).

Die seit 1989 vorgenommenen Umbildungen von Partei und Regierung sandten allerdings widersprüchliche Signale aus. Während die Neubesetzungen eine Verjüngung der Führung unter den Brüdern Castro und insgesamt eine vorsichtige wirtschaftliche Öffnung bei gleichzeitiger Straffung der inneren Kontrolle zum Ausdruck brachten, lassen die seit 1990 vorgenommenen Umstrukturierungen des Parteiapparates, dessen Organisation im offiziellen Sprachgebrauch zum Abbau der Bürokratie und zur Steigerung der Effizienz stark gestrafft wurde, eine weitere Zentralisierung der Machtstruktur erkennen. Dabei wurde insbesondere die Kontrolle über das Militär verstärkt. In diesem Licht ist denn auch die im Rahmen der Kostensenkungsmassnahmen verfügte Reduktion der Revolutionären Streitkräfte FAR um angeblich 30 bis 40 Prozent zu betrachten. Gleichzeitig erhielt die Armee die Auflage, in ihrer Versorgung mit Lebensmitteln autark zu werden: Bohnen seien jetzt noch wichtiger als Kanonen. Auffallend war schliesslich auch die Abwesenheit zahlreicher Delegierter aus der Armee am IV. Parteikongress 1991.

Im Dezember 1992 und Februar 1993 wurden als letzter Schritt im Prozess des *perfeccionamiento*, der 1989 eingeleiteten «Perfektionierung» des politischen Systems, die ersten direkten und geheimen Wahlen (seit 1959) zur *Asamblea Nacional del Poder Popular* (Nationalversammlung der Volksmacht) und den Provinzparlamenten abgehalten. Allerdings blieb der demokratische Prozess auf die Kandidatenauswahl beschränkt; die Wahl selbst trug dann weit eher den Charakter eines Plebiszites, enthielten die Einheitslisten doch nur so viele Namen, wie Mandate zur Verfügung standen. Bemerkenswert war immerhin, dass nur rund 15 Prozent der Kandidaten, darunter erstmals zwei Priester, schon zuvor dem Parlament angehört hatten. Fidel Castro erklärte nach seiner Stimmabgabe, er hoffe nicht, dass die Kubanerinnen und Kubaner in fünf Jahren erneut seine Kandidatur verlangten.

Hoffnungsträger Opposition?

Zu Beginn der neunziger Jahre war – nach einer zaghaften politischen Öffnung im vergangenen Jahrzehnt, die unter anderem auch eine Neubewertung von Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, die früher wegen ihrer Ideen geächtet waren, mit sich brachte – erneut eine Verschärfung der politischen Repression zu beobachten. 1991 wurde zwar der letzte Häftling aus der Gruppe der historischen Mitstreiter Castros freigelassen, zugleich aber setzte eine neue Welle von Verhaftungen von Menschenrechts- und politischen Aktivisten sowie Kulturschaffenden ein, die teilweise zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Ungeachtet einiger Beschwichtigungsgebärden des Regimes nahm der Druck auf Andersdenkende zu, wobei insbesondere die Intellektuellen verstärkter Verfolgung ausgesetzt waren (so etwa der Schriftsteller und Filmemacher *Jesús Díaz*, der nach seiner Kritik an Castros ausgewogener Politik vom Herbst 1992 in Zürich vom Regime geächtet wurde). Damit einher ging eine erneute Zunahme der Absetzbewegung ins Ausland, die 1993 – wohl durch die wirtschaftliche Misere verstärkt – den vorläufig höchsten Wert seit 1980 erreichte, doch dürfte dieser nach der neuesten Ausreisewelle der vergangenen Monate 1994 erneut übertroffen werden. Bemerkenswert war sodann, dass selbst Angehörige privilegierter Gruppen wie Kulturschaffende oder Sportler vermehrt die Gelegenheit ergriffen, Kuba den Rücken zu kehren.

Die seit 1990
vorgenommenen
Umstrukturierungen
des Parteiapparates
lassen eine weitere
Zentralisierung
der Machtstruktur
erkennen.

Die allgemeine Verschlechterung der Menschenrechtslage fand auch Ausdruck in den *Brigadas de acción rápida* (Schnelleinsatz-Brigaden), die von der Regierung zur Bekämpfung von Verbrechen und Vandalismus (womit auch regimekritische Wandmalereien und Flugblätter gemeint waren), die als Folge der häufigen nächtlichen Stromabschaltungen stark zugenommen hatten, in den städtischen Ballungsräumen geschaffen wurden, in der Praxis aber ebenso zur Einschüchterung von Dissidenten eingesetzt wurden. Damit stand nach chinesischem Vorbild der wirtschaftlichen Öffnung nach aussen eine Verhärtung des Regimes durch abschreckende Unterdrückung jeder gewichtigen politischen Opposition im Innern gegenüber. Mitte 1993 gab es erstmals Anzeichen eines Wandels, als Aussenminister Robaina zugestand, dass es Menschenrechte gibt, die von der Regierung verletzt werden.

Nach dem kurzen Aufblühen des demokratischen politischen Spektrums zu Beginn der neunziger Jahre, mit Ansätzen zur Herausbildung von sozial- und christdemokratischen sowie konservativen und liberalen Parteien, scheint die Wirtschaftskrise die Oppositionellen und ihre Anziehungskraft in der Bevölkerung geschwächt zu haben. Im Herbst 1991 wurde die oppositionelle Allianz *Concertación Democrática Cubana* (CDC, Demokratische Konzentrierte Aktion Kubas) gegründet, der zehn Menschenrechts- und politische Oppositionsgruppen aus dem In- und Ausland angehörten. Die CDC erklärte, sie sei weder am Sturz der Regierung noch an der Rückgängigmachung der Revolution interessiert, sondern strebe die Aufnahme von Gesprächen über die Liberalisierung des kubanischen Systems an. Die Regierung lehnte zunächst jede Gesprächsbereitschaft ab, da es auf Kuba keinen Parteienpluralismus geben könne. Die schlagkräftigere Opposition bilden indessen exilkubanische Organisationen, die teils den gewaltsamen Sturz des Regimes anstrebten, mehrheitlich jedoch für einen Dialog mit der kubanischen Führung eintraten.

Die Kirche als eine der wichtigsten Hoffnungsträgerinnen der Bevölkerung – im Bereich der humanitären Hilfe wie auch für einen Wandel des Systems insgesamt – vermochte bis heute in Kuba nicht die gleiche katalysierende Rolle wie in der ehemaligen DDR oder in Polen zu spielen. Die ungehaltene Reaktion auf eine gemeinsame Erklärung der katholischen Bischöfe Kubas zeigt aber die Angst des Regimes vor einer derartigen Entwicklung. Das im September 1993 als Hirtenbrief verlesene Dokument weist auf die grassierende Unzufriedenheit in der Bevölkerung hin und kritisiert die zentralistische Einparteiherrschaft und die exzessive Kontrolle der Bevölkerung, die eine Beschneidung der persönlichen Freiheitsrechte mit sich bringe, sowie die Dis-

kriminierung aus philosophischen, religiösen und politischen Gründen. Auch habe Gewalt, Prostitution und Verbrechen zugenommen, während die Wirtschaftsreformen die Solidarität in der Bevölkerung untergraben hätten und Intoleranz und Unterdrückung zum Ausbruch von Aggressionen geführt hätten. Die politische Führung bezeichnete den Inhalt als revolutionsfeindlich und versuchte, die katholische Kirchenhierarchie von den katholischen Gläubigen einerseits und von den übrigen Glaubensgemeinschaften in Kuba andererseits zu isolieren. Castro suchte im Gegenzug die Gläubigen zu umwerben und erklärte erneut seine Dialogbereitschaft mit allen gesellschaftlichen Gruppen, «*ausser mit denen, die dem Feind dienen und ihr Volk und Vaterland verraten*».

Wie weiter?

Die kubanische Revolution liefert, historisch betrachtet, ein besonders eindrückliches Beispiel für die Herausbildung eines Nationalstaates nach einem halben Jahrhundert neokolonialer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. 1959 gehörte die kubanische Gesellschaft zwar bei weitem nicht zu den ärmsten des Kontinents, aber die Einkommensverteilung war sehr ungleich, und das Regime, das durch den Pakt von 1940 entstanden war, zeigte Verfallserscheinungen. Die Krise der Mittelschichten von 1959 und 1960 bewirkte, dass die politische Führung um Castro sich um den Konsens im Volk durch eine umfassende Sozialpolitik und die Förderung der sozialen Versorgung bemühte, die die Lage breiter Bevölkerungsschichten verbesserte. Dies machte enorme finanzielle Anstrengungen erforderlich, die aber bis in die jüngste Vergangenheit nie den konjunkturellen Schwierigkeiten zum Opfer fielen. Zudem hat die Politik der Mobilisierung, einer der wichtigsten Pfeiler in Castros Strategie, sich immer mehr auf Werte wie Solidarität und Nation als auf den Marxismus berufen. So ist Kuba inmitten eines von gravierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen geprägten Umfelds zum einzigen Wohlfahrtsstaat des Doppelkontinents südlich des Rio Grande herangewachsen. Obschon der Massenkonsum ein bescheidenes Mass nie überschritt, so gelang es doch, den Zugang der gesamten Bevölkerung zu ausreichender Ernährung, zu einem unentgeltlichen und vorbildlichen Gesundheits- und Bildungswesen sowie zu Altersvorsorgeeinrichtungen nicht nur sicherzustellen, sondern einen Standard zu erreichen, der unter den Entwicklungsländern konkurrenzlos dastand. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die freiwillige Alphabetisierungskampagne von 1961, die innerhalb eines Jahres 700 000 Menschen eine Grundschulausbildung ermöglichte und

die Zahl der Analphabetinnen und Analphabeten von 32,6 Prozent auf 3,9 Prozent reduzierte; dieser Wert sank bis 1981 weiter auf 1,9 Prozent. Von 1959 bis 1985 stiegen die Haushaltsmittel für das Bildungswesen um das 21fache. Damit konnten knapp 15 000 Bildungseinrichtungen mit 265 000 Dozenten und Dozentinnen und über zwei Millionen Studierenden unterhalten werden. Diese Investitionen ermöglichten die Entstehung von Forschungszentren auf hohem internationalem Niveau, vor allem im Bereich der Medizin und ihrer sozialen Anwendung sowie der Biotechnologie.

Ende der achtziger Jahre schien Kuba viele Herausforderungen, mit denen ein unterentwickeltes Land konfrontiert ist, bewältigt zu haben, auch wenn es dafür dreissig Jahre lang die individuellen Konsummöglichkeiten einschränken musste. Dass dieser bescheidene Wohlstand aber zu einem wesentlichen Teil Kubas geostrategischer Lage und damit der Unterstützung der sozialistischen Partnerstaaten zu verdanken war, ist bereits erwähnt worden und fand seine Bestätigung in der Krise, die die Insel nach dem Wegfall dieser Verbündeten erfasste. Dies bedeutet, dass es Kuba in den Jahrzehnten hoher Ostsubventionen nicht gelungen ist, die Wirtschaft und das Sozialwesen auf eine Grundlage zu stellen, die ohne grössere Unterstützung von aussen auch nur eine Aufrechterhaltung des Status quo erlauben würde.

Obschon seit Ausbruch der offenen Krise zu Beginn der neunziger Jahre manche der von der Verfassung garantierten Sozial- und anderen Leistungen nur noch mit Einschränkungen oder überhaupt nicht mehr erbracht werden können, lässt sich die Lage in Kuba ungeachtet vereinzelter Parallelen nicht mit der «Endzeit des Ostblocks» vergleichen, und selbst heute noch ist der Widerstand gegen Castro klar begrenzt. Weshalb aber sitzt der *máximo líder* nach 35 Jahren noch immer fest im Sattel?

Zum einen haben die Blockade durch die Vereinigten Staaten und die Notwendigkeit einschneidender gesellschaftlicher Reformen, wie z. B. im Gesundheits- und im Bildungswesen, für den Grossteil des Volkes eine Politik der grossen Opfer wenn nicht legitimiert, so doch akzeptabel gemacht: Wie in kaum einem anderen Land wurden bestimmte Errungenschaften der Revolution selbst von den schärfsten Kritikern des Regimes anerkannt, und nicht alle Bereiche seiner Politik wurden grundsätzlich verworfen. Vor allem die ältere Generation und

die ländliche Bevölkerung der Insel bringen Castro gegenüber immer noch ein gewisses Mass an Sympathie und Dankbarkeit auf; ein Bruch mit Castro würde ausserdem auch ihr eigenes Lebenswerk zunichte machen. Überdies spielte Castros Charisma und seine ihm eigene Fähigkeit, sich immer wieder aufs neue direkt an die Massen zu wenden, für den Erhalt des gesellschaftlichen Konsenses zweifellos eine wichtige Rolle. Schliesslich wurde dieser Konsens durch die bedeutenden staatlichen Sozialleistungen wesentlich mitbedingt. Diese Phase ging allerdings zu Beginn der neunziger Jahre abrupt zu Ende; damit trat die Diskrepanz zwischen dem kollektiven und dem individuellen Konsum um so deutlicher zutage. Insbesondere die nach 1959 geborenen Kubanerinnen und Kubaner – sie machen schon fast zwei Drittel der Bevölkerung aus –, die mit den vorrevolutionären Verhältnissen nicht mehr vertraut sind, wandten sich in zusehendem Mass vom Regime ab und träumen davon, die Insel verlassen und ihre Konsumbedürfnisse im Ausland befriedigen zu können.

Ein Land mit vielen Unbekannten

Der gesellschaftliche Konsens ist durch den wirtschaftlichen Niedergang seit 1989 also zweifellos brüchig geworden, eine mit der «Wende» in Osteuropa vergleichbare Entwicklung ist aber bis heute dennoch nicht eingetreten. Zum einen unterscheidet sich Kuba nicht nur darin vom ehemaligen Ostblock, dass sein kommunistisches Regime nicht von sowjetischen Panzern gestützt wurde: Die kubanische Führung hat stets auch ein gewisses

Mass an Meinungsfreiheit toleriert und selbst zu Kritik an offensichtlichen Missständen ermuntert; wiederholte Ausreisewellen trugen dazu bei, das Oppositionspotential auf der Insel zu vermindern. Damit bestand ein zwar bescheidenes, aber politisch wichtiges Sicherheitsventil, während es dadurch der Regierung möglich war, den Unmut in legale Bahnen zu kanalisieren und aufzufangen. Desgleichen zeigten Umfragen unter der Bevölkerung, dass diese zwar der kommunistischen Partei als Institution wenig Kredit einräumt, gleichzeitig aber die individuellen Qualitäten einer Vielzahl von Parteimitgliedern hoch einschätzt, was indirekt auch die Partei stärkt. Eine kategorische Ablehnung des Regimes, wie dies in den ehemaligen Ostblock-Staaten der Fall war, ist in Kuba deshalb nicht eingetreten; positive Leistungen fanden immer breite Anerkennung; zugleich gab es neben der US-Option, die auch von vielen Oppo-

Dieser bescheidene Wohlstand war aber zu einem wesentlichen Teil Kubas geostrategischer Lage und damit der Unterstützung der sozialistischen Partnerstaaten zu verdanken.

sitionellen abgelehnt wurde, keine klare Alternative für einen «dritten Weg». Ferner trägt der Nationalismus, der die Desintegration in Osteuropa stark vorangetrieben hat, in Kuba wirkungsvoll zur politischen Integration und Stabilität bei. Vor allem aber kam Castro zugute, dass gerade der «Systemwechsel» in zahlreichen sozialistischen Staaten – unter ihnen im nahegelegenen Nicaragua – mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, dass der Übergang zum Kapitalismus äusserst beschwerlich ist und für weite Teile der Bevölkerung nicht die erwartete Steigerung der Konsummöglichkeiten, sondern eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, einen massiven Abbau staatlicher Dienstleistungen, zahlreiche Diskriminierungen und ein Wiederaufleben alter Missstände (versinnbildlicht durch die starke Zunahme der Prostitution) bringt. Zumindest Castros ständige Berufung auf die *cubanidad* war deshalb mehr als bloss ein ideologisches Rückzugsgefecht, seine Warnungen vor einem Rückfall in eine Zweiklassengesellschaft erhielten damit ebenfalls eine gewisse Glaubwürdigkeit und erwiesen sich nicht nur als leere Drohung.

Gleichzeitig hat die kubanische Führung einige Lehren aus der unerwünschten Eigendynamik der osteuropäischen Reformpolitik gezogen und entsprechende Entwicklungen bisher zu vermeiden gewusst. Sie hat unter Verweis auf die Unersättlichkeit der Reformer so weit als möglich auf politische Reformen verzichtet, einige Positionen in der Parteispitze frühzeitig erneuert und sie gestrafft, eine offizielle Anerkennung oppositioneller Gruppierungen vermieden und Dissidenten mit abschreckender Härte bestraft. Weil die Wirtschaftskrise die Opposition entgegen den anfänglichen Erwartungen eher geschwächt und auseinanderdividiert hat, ist es bislang auch nicht zu einer massiven, den politischen Konsens weiter untergrabenden Eskalation der Gewalt gekommen. Zwei weitere Faktoren haben zur bisherigen Stabilität beigetragen: Auf der einen Seite hat die starke Ausbreitung der Schattenwirtschaft, die offiziell bekämpft, in der Praxis aber geduldet, ja indirekt gefördert wurde und sich zum eigentlichen Träger der wirtschaftlichen Anpassung entwickelt hat, der Versorgungskrise zumindest ihre politische Spitze gebrochen. Auf der anderen Seite trägt die kompromisslose Politik der USA gegenüber Kuba weiterhin dazu bei, den Hardlinern in der kubanischen Führung den Rücken zu stärken – genauso wie die amerikanischen Aktivitäten auf dem Marine-Stützpunkt von Guantánamo die Kubaner stets an die Möglichkeit einer tatsächlichen Intervention durch die USA erinnern und nach wie vor einen gewissen Zusammenschluss der Bevölkerung hinter ihrer Regierung bewirken.

Verschiedene Umstände, die das Überleben des Regimes in den fünf Jahren seit 1989 ermöglicht

haben, begünstigen indessen gleichzeitig Entwicklungen, die sich mittelfristig systembedrohend auswirken könnten. Die Zukunft der Insel hängt sowohl von den weiteren wirtschaftlichen und politischen Reformschritten der kubanischen Führung als auch von der künftigen Ausrichtung der US-amerikanischen Kuba-Politik ab. Eine weniger harte Haltung der USA würde zweifellos den innenpolitischen Konsens auf der Insel schwächen; gleichzeitig dürften zahlreiche Oppositionelle, für die der kompromisslose Kurs Washingtons unakzeptabel ist, ihre ungewollte Zusammenarbeit mit dem Regime aufkündigen. Schliesslich gilt es auch, die Möglichkeit eines plötzlichen Ablebens Castros in Betracht zu ziehen, doch ist ein Kuba ohne Castro ein Land mit vielen Unbekannten. Sein Bruder Raúl gilt zwar als designierter Nachfolger, aber es ist mehr als fraglich, ob er einen charismatischen Führer ersetzen könnte, dem es gelungen ist, die Einheit des Landes trotz enormer Schwierigkeiten über 35 Jahre hin zu gewährleisten.

In Osteuropa haben sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Hoffnungen auf eine Alternative zur westlichen Marktwirtschaft rasch zerschlagen. Auf Kuba stehen die Chancen für einen «dritten Weg» etwas günstiger: Solange ein ungeordneter Zusammenbruch des Regimes vermieden werden kann, besteht nach wie vor die Chance einer allmählichen Liberalisierung und politischen Veränderung. Dieser Weg würde nicht notwendigerweise das Ende der Einheitspartei bedeuten, sondern ihre schrittweise Umwandlung in eine populistische Richtung. Eine solche Partei wäre dann ideologisch differenzierter und zwangsläufig offener gegenüber den pluralistischen Interessen einer modernen Gesellschaft. ♦

STEFAN KARLEN, Jahrgang 1962, Studium von Geschichte, Ethnologie und englischer Literatur an den Universitäten Neuenburg und Zürich, Promotion mit einer Arbeit über die spezifischen Ausprägungen autoritärer Herrschaft in Guatemala während der Zwischenkriegszeit. Zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der ETH Zürich mit Forschungsschwerpunkt Zentralamerika und Karibik sowie Redaktor des in diesem Jahr erscheinenden dritten Bandes des Handbuchs der Geschichte Lateinamerikas, hrsg. von H. W. Tobler und W. L. Bernecker.